Die Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin an der Schwelle des Jahres 2020 und welche Gedanken mir dabei kommen

Auch dieses Jahr wieder beglückte uns unsere Bundeskanzlerin mit einer richtungsweisenden und appellarischen Grundsatzrede zum Jahreswechsel. Es ist genau die vierzehnte, die sie zu diesem Anlass hält und wie jedes Jahr benennt sie in ihrer freundlich-landesmütter- lichen Weise die ihr wichtigsten Aspekte in der dem aktuellen Zeitrahmen angepassten Form und natürlich auch die Verpflichtungen, die zu erfüllen von uns Bürgern im neuen Jahr erwartet werden.

Natürlich bedankt sich unsere Bundeskanzlerin auch bei den Soldateninnen und Soldaten, den Feuerwehrleuten, Polizisten und Pflegekräften für ihren aufopferungsvollen Einsatz und bei allen Ehrenamtlichen, die unermüdlich und unbezahlt tätig sind und nach ihren Worten unser Gemeinwesen in Schwung und am Leben halten,

Während den Soldaten die kostenfreie Benutzung der Bundesbahn gewährt wird, obwohl sie in einer Berufsarmee einen gewiss ausreichenden Sold erhalten, kommt für den restlichen Teil der Bedankten so etwas Handfestes nicht in Betracht. Nicht einmal die Pflegekräfte, deren nicht angemessene Bezahlung maßgebliche Ursache für den schmerzhaften Mangel an Personal ist, erhalten mehr als die leeren Jahreswechsel-Dankesfloskeln. Der dadurch bedingte Betreuungsnotstand ist zwar lange schon ein in der Öffentlichkeit diskutiertes Thema, doch die Regierungschefin sah offenbar trotz ihrer Richtlinienkompetenz keine Veranlassung, eine spürbare Verbesserung zu fordern. Dass auch Lehrer- und Ärztemangel für gravierende Probleme im Lande sorgen und lange schon entsprechende Maßnahmen erfordert hätten, fanden keinen Niederschlag in der Bundeskanzlerinnenrede. Vielleicht waren diese sicherlich überraschend aufgetretenen Phänomene nicht bis in ihr Büro gelangt.

Stattdessen spricht sie ausführlich über die „Menschheitsherausforderung Klimawandel“, der momentane hochaktuelle Dauerbrenner in allen wichtigen politischen Veranstaltungen, und bekennt: *„Ich bin mit meinen 65 Jahren in einem Alter, in dem ich persönlich nicht mehr alle Folgen des Klimawandels erleben werde, die sich einstellen würden, wenn die Politik nicht handelte… Deshalb setze ich all meine Kraft dafür ein, dass Deutschland seinen Beitrag leistet ökologisch, ökonomisch, sozial – den Klimawandel in den Griff zu bekommen.“*

Nun ist das Problem „Klimawandel“ nicht so neu, wie das hier klingen mag. Schon seit 1979 wurden auf diversen internationalen Konferenzen die Möglichkeiten diskutiert, die vom Menschen verursachten schädlichen Klimaveränderungen zu begrenzen. Im Jahr 2007 war sogar „Klimakatastrophe“ Wort des Jahres. Für mich stellt sich da die nahe liegende Frage, mit welchen Entscheidungen wohl die von »Forbes« bereits zum siebenten Mal zur „mächtigsten Frau der Welt“ gekürte Bundeskanzlerin, seit 14 Jahren im Amt und

zuvor vier Jahre als Umweltministerin in der Verantwortung, in all den Jahren versucht haben könnte, die Politik zum Handeln zu veranlassen, den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Immerhin sah die Europäische Union sich im Jahr 2019 veranlasst, sogar den „Klimanotstand“ auszurufen.
Die Lage ist ernst, sehr ernst, das begreife ich. *„Also müssen wir auch alles Menschenmögliche unternehmen, um diese Menschheitsherausforderung zu bewältigen,“* fordert deshalb unsere Bundeskanzlerin. Wer ist „wir“? Das ist schon wieder so eine Frage, die ich so richtig nicht beantworten kann. Jedenfalls können damit nicht die verantwortlichen und gut bezahlten Entscheider in den Amtsstuben des Landes bis hin in das allerhöchste Büro gemeint sein, sonst hätte sich doch irgendwo irgendetwas Merkbares ereignet.
Aber auch in der EU selbst hat dieser alarmierend ausgerufene Klimanotstand keine bemerkbare Konsequenz. Das EU-Parlament vollzieht nach wie vor den üblichen, unsinnigen monatlichen Umzug von Brüssel nach Straßburg und wieder zurück, obwohl dieses Prozedere mindestens 180 Millionen Euro jährlich kostet und das Hin- und Herreisen der Abgeordneten mitsamt der notwendigen Personage einen CO^2-Ausstoß von 20.000 Tonnen im Jahr verursacht.
Dabei hatte die EU schon am 9. März 2007 eine kühne Initiative ergriffen und sich „verbindlich“ verpflichtet, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 im Vergleich zu 1990 um ein Fünftel zu verringern. Damals hatte sich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem dritten Energiegipfel in Berlin mit Vertretern der Stromkonzerne und der Industrie sowie mit Umwelt- und Verbraucherschützern „sehr entschlossen“ gezeigt, trotz Differenzen mit der Wirtschaft bis zum Jahr 2020 den Ausstoß von Kohlendioxid um 40 Prozent zu senken und den Anteil erneuerbarer Energien von rund 6 auf 20 Prozent zu erhöhen. Ebenso beschlossen die Teilnehmer des im Juni 2007 in Heiligendamm stattgefundenen G8-Gipfels die Senkung der weltweiten CO^2-Emissionen bis 2050 um 50 Prozent „ernsthaft in Betracht zu ziehen“, auch wenn die USA und Großbritannien verhinderten, dass das im Protokoll vermerkt wurde.
So verpflichten sich unsere hochrangigen Politiker gern und medienwirksam „verbindlich“, „sehr entschlossen“ und ziehen mit großer Entschiedenheit „ernsthaft in Betracht“. Sie tun das seit 1992 auch auf jährlichen Weltklimakonferenzen, UN-Klimagipfeln, Umweltgipfeln und UN-Klimakonferenzen, deren Tagungsorte sich lesen wie die Liste der Reiseziele außerordentlich anspruchsvoller Touristen. Viele hunderte Abgesandte aus bis zu 137 Ländern reisen dann durch die Welt, um diese zu retten. Gemessen am bei diesen Reisen erzeugten Ausstoß von Treibhausgasen bleiben die Ergebnisse der Konferenzen leider meist ziemlich kümmerlich.
Als die EU-Kommission dann tatsächlich den Plan schmiedete, bei Neuwagen den Ausstoß von klimaschädlichem CO^2 auf 120 Gramm pro Kilometer zu reduzieren, wollte die

deutsche Bundeskanzlerin das trotz ihrer vollmundigen Versprechungen allerdings nicht mittragen. Solche Maßnahme würden „zu Lasten Deutschlands und zu Lasten der deutschen Industrie“ gehen. Auch ein Tempolimit auf Autobahnen, dem 70 Prozent der Bundesbürger einer Umfrage zufolge zustimmten, stößt bei der umwelt- und klimabewussten Bundeskanzlerin auf Ablehnung.
Dabei fordert sie doch in ihrer Neujahrsansprache, dass wir „bekannte Wege“ verlassen müssen, wenn wir die Herausforderung bewältigen wollen und wir die Bereitschaft aufbringen müssen, „*Neues zu wagen und die Entschlossenheit, schneller zu handeln,… wenn es der Generation der heute jungen Menschen und ihren Nachkommen noch möglich sein soll, auf dieser Erde gut leben zu können.“*
Den altvertrauten Weg der unbegrenzten Geschwindigkeit möchte unsere Kanzlerin jedoch auf keinen Fall verlassen, auch die notwendige Begrenzung des Schadstoffausstoßes neuer Kraftfahrzeuge will sie nicht. Nun wird es richtig spannend, zu erfahren, welches „Neue“ sie sich nun mit Entschlossenheit hat einfallen lassen, damit es für die heute jungen Menschen und ihren Nachkommen noch möglich ist, auf dieser Erde gut leben zu können.
Es ist nichts anderes als das von Bund und Ländern verabschiedete Klimaschutzprogramm, das nach meiner Kenntnis bei Experten als recht unzureichend in der Kritik steht. Dabei, ich bin mir ganz sicher, wird die Wunderwirkung der CO^2-Abgabe jedoch von diesen Kritikern völlig unterschätzt. Wir werden auf diese Weise nicht nur das Klima der Welt und die Umwelt retten, sondern auch noch den notwendigen Spaß am Leben erhalten, jedenfalls für einige Wenige. So kann der Porsche-Fahrer weiterhin auf der Autobahn entlang brettern, weil eine Geschwindigkeitsbeschränkung ihm ansonsten den Fahrspaß nehmen würde und die deutsche Autoindustrie solche Autos dann nur noch schlecht verkaufen könnte und somit auch keinen Spaß mehr hätte. Die paar „Peanuts“ mehr, die der flotte Porschefahrer dann als CO^2-Abgabe an irgend eine Behörde zahlt, um die Welt zu retten, stören denselben wenig. Er hat ja genug davon.
Auch das Böllern zum Jahreswechsel macht weltweit einen Riesenspaß, wie wir gerade sehen konnten. Daran haben die gewesenen 27 Weltklimakonferenzen nichts geändert, auch künftige werden die Finger von diesem heißen Eisen gelassen. Das bisschen Feinstaub, das das Jahreswechselböllern in die Atmosphäre schickt, steht in keinem Verhältnis zum Spaß der vielen Menschen, den man auf keinen Fall durch Verbote einschränken darf. Die deutsche CO^2-Steuer wird das am Ende ja weltweit wieder gerade rücken.
Und auch das brasilianische Rindersteak auf dem Teller ist ein unglaublicher schöner Anblick, auch wenn in Brasilien dafür der Amazonas-Regenwald abgefackelt wird und das Fleisch einen weiten Weg über den großen Teich nehmen muss. Der Ess-Spaß für einige Besserbetuchte und die CO^2-Steuer werden ganz sicher auch diese Ungleichgewichte wie-

der ins Lot bringen.
„Ich weiß sehr wohl, dass die darin beschlossenen Maßnahmen den einen Angst machen, dass sie sie überfordern könnten, und den anderen noch lange nicht ausreichen.“ bekennt die Bundeskanzlerin. Auch ich könnte mir vorstellen, dass der nicht-Porsche-Besitzer Angst bekommt, weil kein Produkt und keine Dienstleistung ohne Einsatz von teurer Energie zu haben ist, die Klima schützende CO^2-Steuer die Preise in die Höhe und ihm, dem wenig Verdienenden, die Sorgenfalten auf die Stirne treibt. Die weiterhin schön klingenden, aber leeren Worthülsen unserer verantwortlichen Politiker werden das alles für ihn ganz bestimmt in ein freundlicheres Licht setzen. So wird er tapfer die Zähne zusammen beißen und Verzicht üben, um das Klima zu retten, während der Andere ungerührt weiter lebt, als gäbe es kein Morgen. So wird es sicherlich spannend werden, das neue Jahr 2020. Lassen wir uns überraschen!

am 3. Januar 2020

.